



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



Generationswechsel an der Spitze des Landes: Hans Peter Dokožilac folgt Hans Niessl als Landeshauptmann S. 6-10

Start für GMOA and more Plus+: GVV und Renner Institut bauen ihr Ausbildungsangebot weiter aus S. 5

3,5 Mio. Euro mehr für Burgenlands Gemeinden: Strukturfonds hilft Burgenland doppelt! S. 5

SPÖ Regierungsteam NEU: Mag.^a (FH) Daniela Winkler, Mag. Heinrich Dorner und Christian Illedits sind die Neuen S. 9

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

Es geht um unser Land und unsere Gemeinden!

Geschätzte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die SPÖ Burgenland hat am 8. September 2018 in Oberwart einen vorbildlichen Wechsel an der Spitze unserer Gesinnungsgemeinschaft durchgeführt und am 28. Feber 2019 wurde auch in vorbildliche Weise die Funktion des Landeshauptmannes von Hans Niessl an Hans Peter Doskozil übergeben. Nach über 18 Jahren erfolgreichen Einsatzes von Landeshauptmann Hans Niessl für unser Heimatland ist das ein wichtiger Beginn einer neuen Ära mit Hans Peter Doskozil als Landeschef. Das gute Miteinander mit den Gemeinden von Hans Niessl wird auch von Hans Peter Doskozil mit Nachdruck fortgesetzt. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und viele Ortsparteivorsitzende sind deshalb auch der Einladung zur Wahl des neuen Landeshauptmannes im Landtag gefolgt und beschworen gute Zusammenarbeit sowie Zusammenhalt.

Diese Geschlossenheit ist vor allem auch angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen und den damit verbundenen Rahmenbedingungen für unsere Gemeinden enorm wichtig. Gerade angesichts der Maßnahmen der derzeitigen Bundesregierung, die sehr oft direkt negative Auswirkungen auf die Gemeinden nach sich ziehen, ist eine gemeinsame starke sozialdemokratische Stimme mitentscheidend. Schließlich geht es um unser Land und um unsere Gemeinden!

Die nächsten Monate sind deshalb auch in unseren Gemeinden nicht nur geprägt von kommunalpolitischer Sacharbeit, sondern es geht auch darum, die politische Kommunikation und Überzeugungsarbeit zu verstärken. Denn nur wenn wir es verstehen, die gemeinsame gute Arbeit im Land und in unseren Gemeinden auch in einen klaren Auftrag für uns Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen umzumünzen, werden wir auch auf die erforderliche Unterstützung für die Fortsetzung unserer Erfolgsgeschichten setzen können.

Wir ALLE sind das Team Burgenland! Und darauf können wir sehr stolz sein! In diesem Sinn freue ich mich auf eine gemeinsame gute Zukunftsgestaltung und wünsche uns allen viel Erfolg.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Euer

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland



Die Bundesräte Schabhüttl und Posch-Gruska – im Bild mit Wolfgang Sodl und SPÖ-Landesgeschäftsführer Mag. Christian Dax – fordern die Bundesregierung auf, den Weg frei für Gespräche für ein neues Ökostromgesetz zu machen. Foto: SPÖ Burgenland

GVV Gemeindevertreter für Biomasse aber gegen schwarz-blaue Willkür

Die Bundesregierung wollte das neue Ökostromgesetz ohne Transparenz durch den Bundesrat peitschen. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstingers Plan, willkürlich 150 Millionen Euro an Biomasse-Produzenten zu verteilen, wurde von der SPÖ-Fraktion im Bundesrat verhindert. Das neue Gesetz hätte auch die Biomasse im Südburgenland gefährdet. Der GVV Burgenland unterstützt die Vorgangsweise der SPÖ auf ganzer Linie.

GVV Vizepräsidentin und Bundesrätin Inge Posch-Gruska: „Die Gesetzesnovelle ist völlig intransparent. Die Tarife sind nicht festgelegt, es geht nicht hervor, welche Anlagen gefördert werden sollen und es wurde auch keine Begutachtung zugelassen, geschweige denn eine Expertise von Energie- und Umweltexperten vorgelegt. Das gefährdet die Biomassebetreiber im Burgenland! Hätten wir dem Gesetz in dieser Form im Bundesrat zugestimmt, wäre das einem Blankoscheck für Ministerin Köstinger gleichgekommen. So kann Demokratie nicht funktionieren!“ Unterstützung bekommt Posch-Gruska von den GVV Vorstandsmitgliedern und südburgenländischen Bürgermeistern, Bundesrat Jürgen Schabhüttl aus Inzenhof sowie Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl aus Olbendorf, beide Bezirk Güssing. „Wir lassen uns von der ÖVP nicht unter Druck setzen, wir wollen eine große, faire und nachhaltige Lösung für die Betriebe und die damit verbundenen Arbeitsplätze sowie auch für die

Stromkunden! Und das geht nicht, ohne sich an einen Tisch zusammen zu setzen“, so GVV Vorstandsmitglied Bundesrat Jürgen Schabhüttl. Er selbst hat sich jüngst persönlich ein Bild vor Ort bei zwei Biomassebetreibern in Burgenland gemacht. „Ich war bei der Fernwärme in Güssing und beim viertgrößten Biomassewerk Österreichs in Heiligenkreuz. In beiden Betrieben wird auch bei Nichtzustandekommen des Ökostromgesetzes kein einziger Mitarbeiter gekündigt! Für die Geschäftsführer von Heiligenkreuz geht das vorgelegte Gesetz an der Wirklichkeit vorbei. Sie haben mich sogar aufgefordert, im Bundesrat gegen das neue Ökostromgesetz zu stimmen! Auch sie wollen, dass man an den Verhandlungstisch zurückkehrt!“, so Schabhüttl. Auch GVV Präsidiumsmitglied Wolfgang Sodl ist empört: „Nur auf Initiative der SPÖ-geführten Landesregierung wurden Maßnahmen für erneuerbare Energie forciert, wie beispielsweise Windkraft oder Biomasse, was im Endeffekt auch dazu geführt hat, dass wir seit Jahren energieautark sind, sprich 140 Prozent Energie selbst erzeugen. Das ist einzigartig in Österreich. Die ÖVP-geführte Bundesregierung gefährdet nun die Existenz der Biomassebetreiber im Burgenland“. Die Bundesregierung solle den Weg frei für Gespräche machen. Köstinger hat neuerliche Verhandlungen jedoch kategorisch ausgeschlossen und will die Förderungen nun per Grundsatzgesetz durchpeitschen. Dazu reichen im Nationalrat und im Bundesrat einfache Mehrheiten.

Neue Doppelspitze im GVV Österreich

Ende Februar fand in Salzburg Stadt die Generalversammlung sowie die Bundesvorstandssitzung des GVV Österreich statt. Mehr als 20 Mitglieder aus ganz Österreich, darunter Vertreter aller GVV aus Österreichs sowie des Österreichischen Städtebundes, diskutierten unter dem Vorsitz der Klagenfurter Bürgermeisterin, Dr. Maria-Luise Mathiaschitz, über kommunale Themen, und auch die personellen Weichen wurden neu gestellt. Mathiaschitz wird in Zukunft den GVV Österreich gemeinsam mit dem SPÖ-Fraktionsführer und Vizepräsidenten im Österreichischen Gemeindebund, Bgm. Rupert Dworak aus Ternitz in Niederösterreich, führen. Ziel ist es, alle GVV in ihrer politischen Schlagkraft zu vereinen und kommunale Positionen für die SPÖ Bundespartei sowie für die Arbeit im Österreichischen Gemeindebund und im Österreichischen Städtebund zu erarbeiten und umzusetzen.

Alle Gremien und Funktionen wurden neu gewählt und die Funktionsperiode auf 4 Jahre ausgedehnt. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde das neue Statut des GVV Österreich. Weitere Themen waren die neue Funktion einer SPÖ Vizepräsidentin im Österreichischen Gemeindebund, die Gemeinderatswahlen in Salzburg sowie die anstehende EU-Wahl. Für den GVV Burgenland wurden die GVV Burgenland Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Inge Posch-Gruska in den Vorstand gewählt. Kooptiert wurde GVV Burgenland LGF Mag. Herbert Marhold. Alle drei waren auch für das Burgenland in Salzburg anwesend.



GVV Österreich Führungs-Duo Bgm. Dr. Maria-Luise Mathiaschitz und Vizebgm. Rupert Dworak Foto: GVV Österreich

Zur Sache!

EU-Wahl am 26. Mai 2019
MEHR BURGENLAND NACH EUROPA



Der 30jährige Christian Dax ist Spitzenkandidat der SPÖ Burgenland für die EU-Wahl im Mai. Er will mehr Burgenland nach Europa bringen.

Das Burgenland ist eine Region des Friedens, des Wohlstands und der Chancen. Seit über 70 Jahren gibt es keinen Krieg in unserer unmittelbaren Umgebung. Der gesellschaftliche Wohlstand hat kontinuierlich zugenommen. Mehreren Generationen ist sozialer Aufstieg sowie besserer Zugang zu Bildung gelungen. Das macht Europa zur besten Idee, die die Menschen auf unserem Kontinent jemals hatten.

Und wir im Burgenland haben von dieser Idee besonders profitiert. In den letzten 20 Jahren ist das Burgenland mit Hilfe der EU zu einer der besten Wohlstandsregionen der Welt geworden. All unsere Volksgruppen kommen sehr gut miteinander aus. Das würden wir uns auch in Europa wünschen. Wir lassen keinen im Stich, sei es bei der Pflege unserer älteren Generation, bei der ärztlichen Versorgung mit wohnortnahen Krankenhäusern oder beim freien Zugang zur Bildung. Unser Ansinnen im Burgenland ist es, dass alle Menschen die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben sollen. Und das wollen wir auch für ganz Europa.

Wie vieles im Leben ist Europa noch lange nicht perfekt. Doch es liegt an uns, es besser zu machen. Wir Burgenländerinnen und Burgenländer haben vorgezeigt, wie man aus einer kleinen und wirtschaftlich schwachen Region ein Vorzeigeland machen kann. Durch Fleiß, Fairness und Zusammenhalt sind wir vom Ziel-1-Gebiet zur Nr. 1 geworden. So wie wir von Europa profitiert haben, kann Europa auch von uns profitieren. Gesund leben wie bei uns, sicher leben wie bei uns und fair leben wie bei uns, das will ich nach Europa bringen.

Machen wir Europa gemeinsam besser. Bringen wir MEHR BURGENLAND NACH EUROPA!

Christian Dax

Information zur Wahlberechtigung zur EU-Wahl 2019 am Sonntag, 26. Mai 2019

Wahlberechtigt sind ÖsterreicherInnen, wenn sie

- ✓ spätestens am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollenden, d.h. spätestens an diesem Tag ihren 16. Geburtstag feiern
- ✓ einen Hauptwohnsitz in Österreich haben und österreichische StaatsbürgerInnen sind
- ✓ am Stichtag in die Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sind.

Wahlberechtigung für Unionsbürger(in) mit Hauptwohnsitz in Österreich:

Was haben Sie als Unionsbürger(in) mit Hauptwohnsitz in Österreich zu unternehmen, um in die Europa-Wählerevidenz eingetragen zu werden?

- ✓ Formular „Antrag auf Eintragung in die Europa-Wählerevidenz für Unionsbürger(innen), die innerhalb des Bundesgebietes ihren Hauptwohnsitz haben“ ausfüllen und unterfertigen (liegt in jeder Gemeinde auf)
- ✓ oder online herunterladen unter: www.bmi.gv.at/412/Europawahlen, in diesem Fall müssen Sie auch das Formular „Europa-Wähleranlageblatt“ herunterladen; beide Formulare ausfüllen und unterfertigen.
- ✓ bei der Antragstellung einen gültigen Identitätsausweis vorlegen (Pass, Personalausweis,...)
- ✓ eine förmliche Erklärung abgeben, dass Sie bei Wahlen zum Europäischen Parlament die österreichischen Mitglieder wählen wollen (die förmliche Erklärung ist ein Bestandteil des Antragsformulars)
- ✓ bestätigen, dass Sie in Ihrem Herkunftsstaat Ihr aktives Wahlrecht nicht verloren haben (Bestandteil des Antragsformulars).

Wahlberechtigung für Auslandsösterreicher (Wohnsitz im Ausland)

Was haben Sie als Auslandsösterreicher(in) zu unternehmen, um in die Wählerevidenz und/oder die Europa-Wählerevidenz eingetragen zu werden?

- ✓ Formular „Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz/Europa-Wählerevidenz für österreichische Staatsbürger(innen), die außerhalb des Bundesgebietes leben“ ausfüllen und unterfertigen (liegt in der Gemeinde auf).
- ✓ online unter: www.bmi.gv.at/412/Informationen_fuer_Auslandsoesterreicher_innen.aspx
- ✓ Dem Antrag bitte Belege beilegen, die zur Glaubhaftmachung des im Formular angeführten Anknüpfungspunktes geeignet sind (Kopie österr. Reisepass, Kopie, Geburtsurkunde etc.)
- ✓ Den Antrag per Post, Telefax oder per E-Mail (eingescannt) direkt an die Gemeinde, zu der Ihr Anknüpfungspunkt (Lebensbeziehung, Verbindung) zu Österreich besteht, schicken. (Im Fall eines Umzugs ins Ausland wird es sich um den letzten Hauptwohnsitz in Österreich handeln)
- ✓ Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird Sie die Gemeinde für die Dauer von zehn Jahren in ihre Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz eintragen. Sollte Ihr Antrag nicht zur Eintragung in die Wählerevidenz(en) führen, so werden Sie darüber von der Gemeinde schriftlich verständigt.



Gut gelaunt: Alt-Landeshauptmann Hans Niessl mit dem Wiener Bürgermeister Michael Ludwig
Fotos: LSM Burgenland, GVV Burgenland



Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer mit Gattin Margit

Hans Peter Doskozil zum Landeshauptmann des Burgenlandes gewählt

Generationswechsel an der Spitze des Landes Burgenland: 18 Jahre stand Hans Niessl an der Spitze des Landes. Am 28. Februar 2019 wurde Hans Peter Doskozil im Rahmen einer Sondersitzung von den Mitgliedern des Burgenländischen Landtages zum Landeshauptmann des Burgenlandes gewählt und auf die Landesverfassung angelobt.

„Es freut mich sehr, dass sich Hans Peter Doskozil bereit erklärt hat, diese Verantwortung zu übernehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass er gemeinsam mit seinem neuen Team einen eigenen Weg gehen und dass er ausgezeichnete Arbeit für das Burgenland, für die Menschen in diesem Land, leisten wird“, so Alt-Landeshauptmann Hans Niessl.

Für den frisch gebackenen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil ist der Wechsel an der Spitze des Landes ein besonderer Moment: „Hans Niessl hat mit Selbstdisziplin und einem enormen Arbeitspensum das Burgenland geprägt. Durch ihn hat dieses Land einen Weg eingeschlagen, der österreichweit, aber auch auf europäischer Ebene herzeigbar ist. Er hat in diesen 18 Jahren als Landeshauptmann eine Basis geschaf-

fen, auf der wir das Burgenland weiterentwickeln können. Für mich persönlich ist es deshalb eine ehrenvolle Aufgabe, dieses Amt des Landeshauptmannes bekleiden zu dürfen.“

Zur Verabschiedung Niessls und zur Wahl Doskozils kamen zahlreicher Ehrengäste, an der Spitze Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer.

Zur neuen Präsidentin des Burgenländischen Landtages – und damit erstmals in der Geschichte des Burgenlandes eine Frau – wurde die ehemalige Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) gewählt. Neue SPÖ-Regierungsmitglieder sind der ehemalige Präsident des Burgenländischen Landtages Christian Illedits sowie Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ) und Mag. Heinrich Dorner (SPÖ) (mehr dazu auf Seite 9).

Die ehemalige Bundesrätin Inge Posch-Gruska (SPÖ) wurde als neues Mitglied des Burgenländischen Landtages angelobt. Im Gegenzug wechselt der SPÖ-Landtagsabgeordnete Günter Kovacs als Vertreter des Burgenlandes in die 2. Kammer der Republik Österreich, den Bundesrat.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPÖ Burgenland empfingen Alt-Landeshauptmann Hans Niessl mit einem Transparent



Stehende Ovationen für Hans Niessl bei seiner letzten Landtagssitzung in der Funktion als Landeshauptmann



GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska wurde als Landtagsabgeordnete angelobt



GVV Präsident Erich Trummer, GVV Vizepräsidentin Renate Habetler und GVV Vizepräsident Werner Friedl gratulierten LH Hans Peter Doskozil zur Wahl



Leiter der Militärmusik Burgenland Oberst Hans Miertl und Polizeimusik Burgenland Kapellmeister ChefInsp Johannes Biegler



Landesrat Christian Illedits, in dessen Zuständigkeit auch die Gemeindeagenden fallen, wurde von GVV Präsident Erich Trummer und zahlreichen Bürgermeistern und Vizebürgermeistern in seiner neuen Funktion herzlich begrüßt
Foto: Millendorfer, Bvz



Wünschten dem neuen Landesrat Mag. Heinrich Dorner alles Gute: GVV Präsident Erich Trummer sowie zahlreiche Bürgermeister gratulierten herzlich

Fotos: LSM Burgenland



Blumen für Landtagsdirektorin Christina Krumböck gab es vom Militärkommandanten Brigadier Gernot Gasser



Politisch auf Augenhöhe: Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner



Der Lockenhausener Bürgermeister Christian Vlasich mit der neuen Familien- und Jugendlandesrätin Mag.ª (FH) Daniela Winkler



**energie
BURGENLAND**

Sicherheit kommt
mit dem Pannendienst.
Der Pannendienst
kommt mit Sicherheit.

Wir sind
Energie-
Gewinner.

Eine Strompanne in der Hausanlage kann mal vorkommen. Nicht vorkommen kann, dass Sie in so einem Fall lang im Dunklen tappen. Denn als Energie Burgenland Kunde steht Ihnen rund um die Uhr ein TOP-Netz-Partner zur Verfügung, der sich sofort auf den Weg zu Ihnen macht. Auch das zählt für uns zur Versorgungssicherheit. Nähere Infos: www.energieburgenland.at

Team Doskozil: „Arbeiten für die Menschen in diesem Land“

Mit der ersten Regierungssitzung im Anschluss an die Wahl von Hans Peter Doskozil an die Spitze des Landes nahm das neu formierte Regierungsteam seine Arbeit auf. Neu im SPÖ-Regierungsteam sind Landesrätin Mag.^a (FH) Daniela Winkler sowie die Landesräte Christian Illedits und Mag. Heinrich Dorner. Komplettiert wird das „Team Doskozil“ von Landesrätin Mag.^a Astrid Eisenkopf.

Der 48jährige Südburgenländer Doskozil wurde 2015 vom damaligen Bundeskanzler Werner Faymann zum Verteidigungsminister gemacht, 2018 ging er, nach dem Gang der Bundes-SPÖ in die Opposition, zurück ins Burgenland und wurde Finanzlandesrat. Im September 2018 folgte dann die Wahl zum Landesparteivorsitzenden der SPÖ Burgenland und schließlich 2019 die Wahl zum Landeshauptmann des Burgenlandes.

Der neue Landeshauptmann hat auch gleich die Positionen im SPÖ-Landesregierungsteam neu besetzt. Die 38jährige Frauenkirchnerin Daniela Winkler ist die neue Landesrätin im Team Doskozil. Die studierte Unternehmensberaterin und Mutter von zwei Kindern ist für die Ressorts Bildung, vom Kindergarten bis zur Fachhochschule, sowie für Kinder, Jugend

und Familie zuständig und möchte das „Bildungsland Burgenland“ weiter ausbauen. Vor ihrem Wechsel in die Landespolitik war Winkler von 2004 bis Ende 2018 bei PricewaterhouseCoopers tätig. Kommunalpolitische Erfahrung sammelte die verheiratete zweifache Mutter bereits als Mitglied im Gemeinderat ihrer Heimatgemeinde Frauenkirchen.

Der ebenfalls 38jährige Lackenbacher Heinrich Dorner hat anstelle des ausgeschiedenen Landesrats Norbert Darabos für den Bezirk Oberpullendorf auf der Regierungsbank Platz genommen. Der studierte Betriebswirt ist für das Großressort Infrastruktur, sprich Bau, Verkehr, Raumplanung und Wohnbauförderung, zuständig und will das „Wohnland Burgenland“ noch attraktiver machen. Dorner war in den letzten 16 Jahren bei „Johnson & Johnson“, einem weltweit tätigen Unternehmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge, in verschiedenen Führungsfunktionen tätig. Er sitzt seit Oktober 2002 für die SPÖ im Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Lackenbach, seit Oktober 2017 ist er auch Mitglied im Gemeindevorstand. Dorner ist verheiratet und Vater zweier Söhne

Unter dem Motto „Chancenland Burgen-

land“ will der ehemalige Landtagspräsident und neue Landesrat Christian Illedits in seinen Ressorts Soziales, Gemeinden, Europa, Sport und Breitband die Chancen der Burgenländerinnen und Burgenländer auf ein besseres Leben noch weiter erhöhen. Illedits, Jahrgang 1958, kann auf einen großen Erfahrungsschatz sowohl auf kommunalpolitischer (seit 1980 Mitglied des SPÖ-Ortsparteiausschusses in Drassburg, 1997 - 2012 Bürgermeister) als auch auf landespolitischer (Landtagsabgeordneter seit 2000, 2003-2015 SPÖ-Klubobmann, 2015-2017 Landtagspräsident) und EU-Ebene (Mitglied im EU-Ausschuss der Regionen) zurückgreifen.

Das „Bioland Burgenland“ steht im Vordergrund der Politik von Landesrätin Astrid Eisenkopf, die als einzige neben Doskozil selbst dabeigeblichen ist.

GVV Präsident Erich Trummer freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit allen Regierungsmitgliedern: „Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass Hans Peter Doskozil den erfolgreichen Weg des Miteinander von Land und Gemeinden, den Hans Niessl eingeschlagen hat, weitergehen wird. So können wir gemeinsam unser Heimatland und seine Gemeinden gestalten!“



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit Landtagspräsidentin Verena Dunst und den neuen Regierungsmitgliedern Christian Illedits, Mag.^a (FH) Daniela Winkler und Mag. Heinrich Dorner unmittelbar nach deren Wahl und Angelobung

Fotos: LSM Burgenland



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit seinem Vorgänger Landeshauptmann a.D. Hans Niessl im Doppel-Interview Foto: LSM Bgld.

„Mein Ziel heißt kluges Wachstum für das Burgenland“

Landeshauptmann a.D. Hans Niessl und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil im Doppel-Interview zum Wechsel an der Landesspitze und ihren Plänen.

Neue Gemeinde: Herr Landeshauptmann a.D., am 28. Februar erfolgte der Wechsel an der Spitze des Landes. Was wünschst du deinem Nachfolger Hans Peter Doskozil?

Niessl: Ich bin Hans Peter Doskozil sehr dankbar, dass er sich bereit erklärt hat, diese große Verantwortung zu übernehmen und ich wünsche ihm natürlich alles Gute und eine erfolgreiche Arbeit für das Burgenland. Ich bin davon überzeugt, dass er ein ausgezeichnete Teamchef ist und er mit seinem Team viel erreichen wird.

Viel Lob gleich zu Beginn. Was konntest du, Herr Landeshauptmann, bei deinem Vorgänger lernen?

Doskozil: Ich habe in meiner Karriere Erfahrungen sammeln können, wie man in verschiedenen Situationen handelt, wie man strategische Dinge umsetzen kann oder wie man als pragmatischer Konsenspolitiker agiert. Das sind sicher Merkmale, die Hans Niessl in sich vereint. Ich glaube, dass wir in vielen Sachbereichen den gleichen Zugang haben. Er hat aber vor allem die einzigartige Entwicklung des Burgenlandes möglich gemacht und eine starke Basis für unsere weitere Arbeit gelegt.

Wie wird sich der Alltag als Landeshaupt-

mann ändern beziehungsweise was sind die nächsten Schritte?

Doskozil: Im Grunde wird sich nicht viel verändern. Mein Stil bleibt der gleiche: pragmatisch und lösungsorientiert. Ich werde mit demselben Elan die Dinge anpacken wie jetzt. Wir stehen vor einigen Herausforderungen, das steht außer Frage, aber gemeinsam als starkes Team werden wir an den Lösungen arbeiten. Es geht vor allem um die Reform der Pflege, wo wir im Frühjahr ein neues Konzept präsentieren, die Anhebung des Mindestlohns, eine bessere Kinderbetreuung und mehr Bio-Flächen sowie den Weg zu einem gesünderen Burgenland. Hier werden wir entsprechende Schritte setzen.

Schwingt beim Abschied nach mehr als 18 Jahren als Landeshauptmann auch Wehmut mit?

Niessl: Von Wehmut kann keine Rede sein. Ich empfinde vor allem Demut und Dankbarkeit, weil die Erfolge des Burgenlandes in den letzten Jahren eine große gemeinsame Leistung sind. Dafür danke ich allen Burgenländerinnen und Burgenländer, die diesen Aufstieg durch ihren persönlichen Einsatz ermöglicht haben. Und ganz besonders dankbar bin ich auch unseren Gemeinden, in denen unsere Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter wirklich ausgezeichnete Arbeit leisten und das Fundament für die Erfolge der burgenländischen Sozialdemokratie geschaf-

fen haben.

Wo sind diese Erfolge besonders gut sichtbar?

Niessl: Als Grenzregion waren wir immer besonders gefordert. Umso positiver ist es, dass wir seit 2000 um 30% mehr Arbeitsplätze im Land haben, dass wir das wachstumsstärkste Bundesland geworden sind und das Burgenland heute auch das sicherste Bundesland ist. Wir sind Europameister bei der Nutzung erneuerbarer Energie, eine Modellregion im Bereich der Bildung und es ist uns auch eine Internationalisierung des Landes gelungen. Gleichzeitig ist das Burgenland auch ein menschliches Bundesland geblieben – das zeigt sich besonders gut in unseren Gemeinden, in denen es ein enormes ehrenamtliches Engagement und viel Zusammenhalt gibt. Das ist auch ein Teil der hohen Lebensqualität im Land.

Dein Ziel für das Burgenland?

Doskozil: Das Burgenland hat sich in den vergangenen Jahren von einem Grenzland zu einem Vorbild für viele andere Regionen entwickelt. Wir können zuversichtlich in die Zukunft blicken, dürfen uns aber nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen. Mein Ziel heißt kluges Wachstum fürs Burgenland, denn wir müssen sicherstellen, dass der wirtschaftliche Aufschwung alle erreicht. Das muss in Form von Löhnen und Beschäftigung passieren bis hin zu gesellschaftlicher und sozialer Teilhabe.



Der GVV hat im Zuge der FAG-Verhandlungen mit Erfolg auf Einrichtung eines Strukturfonds für finanzschwache Gemeinden gedrängt, davon profitieren nun Burgenlands Gemeinden

3,5 Millionen Euro mehr für die burgenländischen Gemeinden

Der Finanzausgleich 2016 wurde vom Burgenland exzellent verhandelt, daher gibt es jetzt über den damals installierten Strukturfonds 3,5 Millionen Euro mehr für unsere Gemeinden!

Der Strukturfonds mit finanziellen Sondermitteln für strukturschwächere Abwanderungsgemeinden erweist sich somit als doppelter Erfolg für das Burgenland. 131 Gemeinden profitieren von wichtigen zusätzlichen Geldern. „Es ist dem burgenländischen Verhandlungsteam damals gelungen, dass viele Gemeinden im Burgenland mehr Geld bekommen und jedenfalls keine Gemeinde Geld verliert“, freuen sich die Gemeindevertreter. Insgesamt bekommen die österreichischen Gemeinden jährlich durch den Finanzausgleich 103 Millionen Euro und davon die Gemeinden im Burgenland 7,2 Millionen Euro mehr. Bei 3,34 Prozent der Einwohner bekommt das Burgenland somit 7 Prozent der zusätzlichen Gelder! Der GVV Burgenland hat im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen massiv

innerhalb des Österreichischen Gemeindebundes auf die Einrichtung eines Strukturfonds für finanzschwache Gemeinden und Regionen gedrängt. „Wir sehen, wie richtig wir damals wie heute mit der Forderung für einen Strukturfonds lagen! Das ist vor allem für finanzschwächere Gemeinden im Burgenland und hier speziell im Südburgenland eine wichtige Hilfe. Von diesen zusätzlichen Strukturfondsmitteln haben vor allem die burgenländischen Gemeinden überproportional profitiert“, so GVV Burgenland-Präsident Erich Trummer. „Die dazukommenden 3,5 Mio. Euro für 2018 sind wichtige zusätzliche Gelder für die Gemeinden, die sie wieder in die burgenländische Wirtschaft investieren können. So gesehen ist das ein ‚Weihnachtsgeschenk‘ und ein weiterer ‚Turbo‘ für unsere Wirtschaft, vor allem im strukturschwachen Süden des Landes“, so die kommunalen Vertreter des Südburgenlandes. Der im Rahmen des Strukturfonds an das Burgenland ausbezahlte Betrag steigt im Jahr 2018 somit auf insgesamt rund 9,5 Mio. Euro.

Trauer um Alt-Vizebürgermeister Peter Gschirtz

Große Betroffenheit und Trauer herrscht in Draßmarkt, Bezirk Oberpullendorf, und weit darüber hinaus über das frühe Ableben von Peter Gschirtz. Der engagierte Kommunalpolitiker (Jahrgang 1962) war von 1992 bis 2007 Vize-Ortschef und SPÖ Ortsparteivorsitzender in Draßmarkt. Der GVV Burgenland entbietet den Angehörigen seine aufrichtige Anteilnahme.



Alt-Vizebürgermeister Peter Gschirtz aus Draßmarkt verstarb im 57. Lebensjahr

Foto: GVV Burgenland

„GMOA and more“ baut Angebot aus

Der GVV Burgenland und das Renner Institut Burgenland haben ihr Vorzeigeprojekt „GMOA and more“ Akademie erweitert und starten im Frühjahr mit der „GMOA AND MORE PLUS+“ - die Akademie für alle GemeindefunktionärInnen der SPÖ im Burgenland!

Ziel ist es, politische FunktionärInnen in fachlicher, politischer und sozialer Kompetenz zu unterstützen. Die GMOA and more PLUS+ Akademie 2019 gliedert sich in insgesamt 8 verschiedene Module, wovon 4 Pflichtmodule und 2 Wahlmodule zu absolvieren sind.

Im Rahmen dieser Module sollen den TeilnehmerInnen sowohl politisches Wissen, als auch das nötige „Handwerk“ für die Arbeit in den Gemeinderäten näher gebracht werden. Wir sind stolz, dass wir erfahrene Experten als ReferentInnen für die Gmoa and more PLUS+ gewinnen konnten. Die ReferentInnen teilen ihr Wissen und ihre Erfahrung mit den TeilnehmerInnen, und auch der Austausch von Ideen und Erfahrungen untereinander soll bei GMOA and more PLUS+ nicht zu kurz kommen. Die 8 Module 2019 umfassen „Geschichte der Sozialdemokratie“, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, politische Rhetorik, Gemeindeordnung, Kampagnenkompetenz, „Neue Gemeinderäte finden“, Social Media Workshop sowie ein Seminar zu Hausbesuchen.

Den Startschuss bildet die Rote Burgenland Tour am Freitag, 5. April 2019 um 14 Uhr. Die restlichen Module finden jeweils an Samstagen statt.

Anmeldeschluss ist am Freitag, 29. März 2019.

QR Code GVV



Vorsitzwechsel in der SPÖ Eisenstadt: Lisa Vogl als Vizebürgermeisterin der Landeshauptstadt angelobt

Lisa Vogl ist die neue Stadtparteivorsitzende der SPÖ Eisenstadt. Die Parteimitglieder haben die bisherige Prüfungsausschussvorsitzende und Mitarbeiterin der Energie Burgenland Mitte Jänner mehrheitlich zur Nachfolgerin von Günter Kovacs gewählt, der seinen Rücktritt mit Anfang Feber bekannt gegeben hat. Kovacs wird aber als Beirat im Vorstand der SPÖ Stadtpartei bleiben.

Die neue Stadtparteivorsitzende folgt Kovacs auch in der Funktion des Eisenstädter Vizebürgermeisters. Die Wahl fand bei der ersten regulären Gemeinderatssitzung Anfang Feber statt. Bettina Eiszner übernimmt ihre Stelle als Obfrau des Kontrollausschusses. Statt Renee Wisak wurde Anika Karall zur neuen Stadträtin der SPÖ gewählt. Der GVV gratuliert herzlich und wünscht dem neuen SPÖ-Team viel Erfolg!



GVV Bezirksvorsitzender Bgm. Michael Lampel, SPÖ Bezirksvorsitzende LRin Astrid Eisenkopf, Stadtparteivorsitzende Lisa Vogl, Bundesrat Günter Kovacs, SPÖ Bezirksgeschäftsführer Ivan Grujic
Foto: SPÖ Eisenstadt

GMOA and more

PLUS+

Die Akademie
für GemeinderätInnen
im Burgenland

RI Renner Institut





Volles Haus und gute Stimmung beim Tag der Offenen Tür des GVV 2018! Zu einem vollen Erfolg wurde der schon traditionelle „Tag der offenen Tür“ des GVV Burgenland im Verbandsbüro in Eisenstadt. Neben zahlreichen Bürgermeistern und Gemeindevertretern, Bezirks- und Landesgeschäftsführern konnte das Team des GVV auch den Landtagspräsidenten des Burgenlandes, Christian Illedits, KDZ Chef Peter Biwald, SPÖ Landesgeschäftsführer Christian Dax, Städtebund Burgenland Geschäftsführer Karl Aufner, Energie Burgenland Vorstand Michael Gerbavits, Gemeindebund Österreich Präsident Alfred Riedl sowie zahlreiche Gemeindevertreter in den Räumlichkeiten des Roten Hauses in Eisenstadt begrüßen.

Foto:GVV Burgenland



Gut besucht: viele KommunalpolitikerInnen nutzten das Angebot

Kommunalstammtisch des GVV in Neutal

Zum dritten Kommunalstammtisch in diesem Jahr lud GVV Präsident Erich Trummer Ende Februar nach Neutal ein. In seinem Heimatbezirk ist er auch GVV Bezirksvorsitzender. 25 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus den Gemeinden des Bezirkes folgten der Einladung. Diskutiert wurden das neue Baugesetz sowie das Raumplanungsgesetz neu, bei dem Mag. Peter Zinggl vom Amt der Burgenländischen Landesregierung vortrug. Weitere Themen waren die vom GVV initiierte „Kommunale Bedarfserhebung“ sowie der Ärztemangel, der auch den Bezirk Oberpullendorf betrifft. Den GVV Stammtisch im Bezirk nutzte auch der mittlerweile zum Landesrat für Verkehr und Straßenbau gewählte DI Mag. Heinrich Dorner, der ja selbst auch aus Lackenbach im Bezirk Oberpullendorf kommt, um sich vorzustellen und seine Ideen und Projekte mit den anwesenden KommunalpolitikerInnen zu besprechen.

Sozialausschuss des Österreichischen Gemeindebundes unter GVV Führung

Der Gesundheits- und Sozialausschuss des Österreichischen Gemeindebundes tagte Ende Februar in Wien. Unter Vorsitzführung von GVV Burgenland Präsident Erich Trummer standen vor allem die Themen Primärversorgung sowie Finanzierung des Pflegesystems im Mittelpunkt der Gespräche.

Unter Einbeziehung von ExpertInnen und Experten aus dem Ministerium sowie des Arbeitersamariterbundes und des Hilfswerkes wurde versucht, den Status quo zu erheben und Lösungsansätze zu finden, wie die Gesundheits- und Pflegevorsorge flächen-

deckend finanziert und aufrechterhalten werden kann. Auch der Masterplan Pflege der Bundesregierung war Thema. Konkret soll der Gesundheits- und Sozialausschuss für das oberste Gremium des Österreichischen Gemeindebundes, das Präsidium, in diesen Themenfelder Handlungsanleitungen und Wege aufzeigen, damit hier der Österreichische Gemeindebund dies gegenüber Ländern und dem Bund als Position vertreten kann.

Fachausschüsse des Österreichischen Gemeindebundes gibt es in den Bereichen Gesundheit/Soziales, Finanzen, Umwelt, Europa, Strukturpolitik sowie Tourismus.



Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Primärversorgung und das Pflegesystem



Burgenländische Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Klubtagung mit der SPÖ Bundesvorsitzenden Pamela Rendi-Wagner

Foto: SPÖ

Gemeinden im Mittelpunkt: 200 Bürgermeister bei SPÖ-Klubtagung

Im Rahmen der Mitte Jänner in Wien abgehaltenen Klubtagung des SPÖ Nationalratsklubs wurde auch ein vom GVV Österreich organisierter Empfang für mehr als 200 KommunalpolitikerInnen der SPÖ aus ganz Österreich abgehalten. Der GVV Burgenland war dabei zahlreich und prominent vertreten!

Der GVV Österreich organisierte im Rahmen der Klubtagung des SPÖ Parlamentsklubs Mitte Jänner in Wien einen Empfang für SPÖ KommunalpolitikerInnen. Leistbares Wohnen, Ärztemangel, Arbeitsplätze und ausreichend Mittel für die Kinderbetreuung – das sind nach einer SPÖ-GVV-Umfrage die Themen, die den Menschen in den Kommunen laut unseren BürgermeisterInnen am meisten unter den Nägeln brennen. Über genau diese Fragen hat die SPÖ Mitte Jänner in Wien im Rahmen der Kommunalpolitischen Konferenz des SPÖ-Klubs mit rund 200 BürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen diskutiert und Lösungsvorschläge ausgearbeitet.

Am Programm der Kommunalpolitischen

Konferenz stand neben hochkarätig besetzten Diskussionsrunden und Workshops auch eine Grundsatzrede der SPÖ-Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner. Die SPÖ-Chefin bedankte sich in ihrem Referat bei den Orts- und Gemeindechefs für ihr unermüdliches Engagement für die Bürgerinnen und Bürger. Rendi-Wagner unterstrich außerdem den hohen Stellenwert der Kommunalpolitik als unmittelbare Ansprechstelle für die Menschen vor Ort.

Unter den Konferenzteilnehmern waren auch zahlreiche KommunalpolitikerInnen aus dem Burgenland und davon viele GVV Bürger

meisterInnen. An der Spitze GVV Präsident Erich Trummer und seine beiden GVV Vizepräsidentinnen Inge Posch-Gruska und Renate Habetler. Trummer zog ein durchaus positives Resümee: „Die Kommunalpolitische Konferenz des GVV Österreich im Rahmen der SPÖ-Klubtagung war ein voller Erfolg. Wir haben gemeinsam viele praxistaugliche Vorschläge mit der Parteivorsitzenden und den SPÖ Klubmitgliedern erarbeiten können. Mit unseren Konzepten für leistbares Wohnen oder zur Bekämpfung des Ärztemangels zeigen wir, dass wir uns um die Probleme der Menschen vor Ort kümmern.“



GVV-Vizepräsidentin Landtagsabgeordnete Bgm. Inge Posch-Gruska beim der SPÖ-Klubtagung

Grenzregionen: b-solutions hilft Hürden abbauen

Das von EU-Kommission (GD REGIO) und dem Europäischen Verband der Grenzregionen geschaffene Programm b-solutions hilft kooperationswilligen Grenzregionen auch dieses Jahr, Lösungsansätze für die Überwindung rechtlicher oder administrativer Hürden zu finden. Gemeinden, Euregios oder Verbände der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit können sich bewerben.

Die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg sollte in der EU eigentlich kein Problem darstellen, es gibt bereits viele Beispiele, wo Gemeinden bzw. Regionen grenzüberschreitend kooperieren. Oft im Gesundheitsbereich, bei Kindergärten, Freizeiteinrichtungen, der Errichtung von Infrastruktur uvm. Behindert werden sinnvolle Arten der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene mitunter durch nationales Recht bzw. Verwaltungsvorschriften. Der nun wie-

der ausgeschriebene Aufruf für b-solutions zielt auf grenzüberschreitende Projektideen, deren Umsetzung an rechtlichen oder administrativen Hürden scheitert. Die ausgewählten Projekte werden einer eingehenden Problemanalyse unterzogen und erhalten fundierte Rechtsauskunft über die mögliche Projektumsetzung und die dafür einzubeziehenden Stellen bzw. Behörden.

Gesucht sind Projekte in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit, Verkehr, Mehrsprachigkeit, institutionelle Zusammenarbeit, Informationsdienste, E-Government, Datensammlung/grenzüberschreitende Datenbanken.

Interessierte Gemeinden können bis 15. März einen Antrag stellen! Die Ergebnisse der ausgewählten Projekte werden veröffentlicht und sollten grundsätzlich nachvollziehbar sein.

Kommission verlängert Beihilferegeln bis 2022

Beihilfen bzw. Förderungen unterliegen einem strikten Regime um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Da eine Verzerrung des europaweiten Wettbewerbs erst ab Überschreiten bestimmter Schwellenwerte angenommen wird, verlängert die Kommission sieben Rechtsakte zum Beihilfenrecht. Betroffen ist auch die für Gemeinden relevante Regelung der „de-minimis“ Beihilfen.

Die Festlegung der Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt zählt zu den Kernkompetenzen der EU-Kommission. Staatliche Beihilfen bzw. Förderungen unterliegen dabei einem strikten Regime und müssen der EU-Kommission ab einer bestimmten Höhe gemeldet werden.

Üblicherweise von Gemeinden gewährte Förderungen (etwa zur Betriebsansiedlung, Erlass von Gebühren oder Kommunalsteuer) fallen in den meisten Fällen unter die sog. „De-minimis“-Verordnung und sind nicht der Kommission, wohl aber der Abteilung EU-Beihilfenrecht im in Österreich

zuständigen Digitalisierungsministerium zu melden.

„De-minimis“ Beihilfen sind Förderungen bis zu 200.000 Euro im Zeitraum von drei Jahren an ein bestimmtes Unternehmen. Die Kumulierung mehrerer „de-minimis“ Beihilfen (etwa Bund, Land, Gemeinde) ist nur möglich, solange der Schwellenwert nicht überschritten wird (das betreffende Unternehmen muss eine Erklärung über alle „de-minimis“ Beihilfen im relevanten Zeitraum abgeben).

Mit der Verlängerung der EU-Beihilferegeln besteht nun bis 2022 Rechtssicherheit und der Ball für eine eventuelle Neuordnung des Beihilferechts wird an die nächste Kommission weitergespielt. In diese Neuordnung soll auch die Evaluierung des aktuellen Systems einfließen.

Der europäische Dachverband RGRE/CEMR will die Erfahrungen seiner kommunalen Mitgliedsverbände jedenfalls in diesen Check einfließen lassen.



EU-Urkundenverordnung in Kraft

Seit dem 16. Februar ist die EU-Urkundenverordnung direkt anwendbar. Für Gemeinden bedeutet dies, dass sie Urkunden aus anderen Mitgliedstaaten ohne Apostille oder Übersetzung akzeptieren müssen.

Dokumente und Urkunden, die von der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats der EU ausgestellt wurden, müssen in jedem anderen EU-Mitgliedstaat akzeptiert werden. Apostillen dürfen nicht mehr verlangt werden. Das Verständnis ausländischer Urkunden wird durch die Einführung mehrsprachiger EU-Formulare, die jede zuständige Behörde auf Nachfrage ausstellen muss, erleichtert.

In den Anwendungsbereich der Verordnung fallen u.a. Urkunden, die folgende Sachverhalte betreffen: Geburt, Eheschließung, Ehescheidung, Wohnsitz, Abstammung, Adoption, Staatsangehörigkeit, Vorstrafenfreiheit, Tod.

Um die Echtheit von Urkunden zu schützen, sollen Ausstellungs- und Empfangsbehörde unmittelbar kooperieren. Dafür vorgesehen ist das Binnenmarkt-Informationssystem der EU, Gemeinden haben allerdings keinen direkten Zugang und müssen sich in Österreich an eine übergeordnete Behörde wenden.



BürgermeisterInnenstammtisch des Bezirks Jennersdorf in Mühlgraben! Der erste GVV Bezirks-BürgermeisterInnenstammtisch 2019 fand am 08.01. in Mühlgraben im Bezirk Jennersdorf statt. GVV Bezirksvorsitzende Bgm. Andrea Reichl aus Deutsch Kaltenbrunn lud ihre Kollegen des Bezirks ein, um über kommunale Themen zu berichten und zu diskutieren. Zu Gast waren auch SPÖ Bezirksvorsitzender und Vizebürgermeister von Rudersdorf, LAbg. Ewald Schneckner sowie GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold, der über die neuesten Entwicklungen im GVV bzw. bei kommunalen Themen informierte. GVV BürgermeisterInnenstammtische finden in unregelmäßigen Abständen in allen Bezirken statt und haben nur kommunale Themen zum Inhalt. Eingeladen sind SPÖ VertreterInnen der bezirksangehörigen Gemeinden.

Foto: GVV Burgenland



2. GVV Kommunalstammtisch 2019 im Bezirk Eisenstadt-Umgebung

Der zweite GVV Kommunalstammtisch 2019 fand am 21.01. in Siegendorf statt. GVV Bezirksvorsitzender Bgm. Michael Lampel aus Neufeld lud seine Kollegen des Bezirks ein, um über kommunale Themen zu berichten und zu diskutieren. Zu Gast waren auch SPÖ Bezirksvorsitzende Landesrätin Mag.^a Astrid Eisenkopf, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, SPÖ Bezirksgeschäftsführer Ivan Grujic sowie LAbg. Robert Hergovich, der über die anstehende AK Wahl im Burgenland berichtete. Die Themen des GVV Kommunalstammtisches waren einmal mehr die neuesten Entwicklungen im GVV bzw. die Kommunen berührende Gesetze sowie die Umstellung des Gemeindehaushaltssystems von der Kameralistik auf die doppische Buchhaltung, die finanziellen Rückflüsse des kommunalen Investitionspakets sowie Informationen zur GVV „Kommunalen Bedarfserhebung“.

Foto: SPÖ Burgenland

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M